

WS 10.10.14

Kies statt Mais

Ortsgruppe des BUND spricht sich für Abbau am Gut Deesberg aus

■ Von Jenny Karpe

Bad Oeynhausen-Oberbecksen (WB). Ob an der Weser ein zwei Kilometer langer und 200 Meter breiter Streifen Kies abgegraben werden darf, wird derzeit geprüft. Die meisten Anwohner sprechen sich dagegen aus, Mitglieder des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) hingegen sind dafür.

»Sollte es zum Kiesabbau auf den Flächen um Gut Deesberg kommen, wäre das kein reines Abgraben«, sagt Thomas Dippert, Ortssprecher des BUND. »Stattdessen würde das Weserufer renaturiert werden. Auf den Flächen käme eine Tümpel- und Auenlandschaft zustande.«

In solch einer Landschaft würden verschiedene positive Faktoren zusammengetragen werden. »Zum Beispiel gibt es dann eine Kinderstube für viele Fische und Amphibien, was unsere Artenvielfalt unterstützen würde«, erläutert BUND-Mitglied Holger Hansing. »Der Fluss würde ganz natürlich durch Plankton und Röhrichte gereinigt werden. Zudem hat man dann durch neue Überflutungsflächen einen Hochwasserschutz.«

Die Naturschützer sehen Chancen für Menschen und Tiere.

Die Naturschützer sehen Chancen für Menschen und Tiere. In solch einer Landschaft würden verschiedene positive Faktoren zusammengetragen werden. »Zum Beispiel gibt es dann eine Kinderstube für viele Fische und Amphibien, was unsere Artenvielfalt unterstützen würde«, erläutert BUND-Mitglied Holger Hansing. »Der Fluss würde ganz natürlich durch Plankton und Röhrichte gereinigt werden. Zudem hat man dann durch neue Überflutungsflächen einen Hochwasserschutz.«

Auch die Möglichkeit eines Naherholungsgebietes mit Aussichtstürmen zur Tierbeobachtung schließen die Mitglieder des BUND nicht aus. Angler werden auch als mögliche Nachfolgenutzer gesehen. Vorbild für die Auenlandschaft sind die Weserauenlandschaften in Hohenrode bei Rinteln und Petershagen. »In Bad Oeynhausen könnte ein Zwischenbiotop entstehen, das verschundene Arten locken könnte«, sagt Hansing. Die Lärmbelastigung, die mit dem Kiesabbau verbunden wäre, würde nach Aussage der Ortsgruppe vergleichsweise gering ausfallen. Der geplante Bereich liege ohnehin an einem Verkehrsknotenpunkt nahe der Autobahn und dem Flugplatz Vennebeck.

Zudem merken die Naturschützer an, dass ein Lastwagen leiser sei als ein Mährescher. Denn die Alternative wäre, dass die Fläche für den Energiemais anbau verwendet wird. Momentan wird bei Gut Deesberg etwa 40 Hektar Mais angebaut. »Und das möchte wirklich keiner, weder Anwohner noch Naturschützer«, sagt Anwohner Wolfgang Heper. Denn der Maisanbau habe auch Schattenseiten. »Natürlich ist der Anbau für die Biogasanlagen eine gute Sache, da die Energiewende vorrangigereiben wird«, sagt Dippert. »Aber bitte nur, wenn der Naturschutz nicht außer Acht gelassen wird.«

Zudem merken die Naturschützer an, dass ein Lastwagen leiser sei als ein Mährescher. Denn die Alternative wäre, dass die Fläche für den Energiemais anbau verwendet wird. Momentan wird bei Gut Deesberg etwa 40 Hektar Mais angebaut. »Und das möchte wirklich keiner, weder Anwohner noch Naturschützer«, sagt Anwohner Wolfgang Heper. Denn der Maisanbau habe auch Schattenseiten. »Natürlich ist der Anbau für die Biogasanlagen eine gute Sache, da die Energiewende vorrangigereiben wird«, sagt Dippert. »Aber bitte nur, wenn der Naturschutz nicht außer Acht gelassen wird.«



Holger Hansing (von links), Thomas Dippert, Thomas Brandt, Wolfgang Heper und Anja Brandt (links im Bild) im Kontrast zum Maisanbau. Foto: Jenny Karpe

Zum Beispiel sei es den Feldern nicht möglich, in den Maisfeldern zu brühen, da das Feld das ganze Jahr bearbeitet würde. »Von den Pestiziden ganz zu schweigen«, sagt Hansing. »Auch die Bodenstruktur leide, und oft werden die nahen Gewässer überdüngt. Wir unterstützen den Kiesabbau, wenn auf den Emissionschutz und die Auswirkungen auf das Grundwasser geachtet wird. Insgesamt kann der Abbau als Chance für den örtlichen Naturschutz gesehen werden.«

Dabei würden aber auch die Interessen der Anwohner ernst genommen werden. »Unser Ziel ist es, dass weder Anwohner noch die Natur zu Schaden kommen«, betont Thomas Dippert. »Aus diesem Grund verlangt der BUND, dass es eine Informationsveranstaltung für die Anwohner geben soll, damit die am Vorhaben Beteiligten Fragen beantworten können. Und wir werden Renaturierungsmaßnahmen vom ersten Spatenstich an verlangen.« Die Forderung nach einer Bürgerinformation war bereits im Umweltausschuss (das WESTFALLEN-BLATT berichtete) laut geworden. Diese soll nun auf den Weg gebracht werden.

Zudem fördert die Ortsgruppe, dass konkrete Vorgaben zur Folgenutzung festgelegt werden. Der BUND rechnet damit, dass spätestens nach zwei bis drei Jahren keine »Sandwüste« mehr vorhanden ist und stattdessen ein artenreiches Biotop entsteht. **Leserbrief**